

solutes Verbot der Atomwaffe, auf Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle, auf allgemeine Abrüstung und auf Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten den Interessen aller friedliebenden Völker entsprechen. Die Verwirklichung dieser edlen Forderungen bannt die Kriegsgefahr und gewährleistet eine friedliche Lösung der deutschen Frage. Die Unterstützung der Arbeit der Friedensausschüsse durch alle friedliebenden Menschen, die Bildung von Friedensausschüssen, von Ausschüssen für die Einheit Deutschlands und von Ausschüssen gegen die Rekrutierung in Westdeutschland, das ist die dringlichste Aufgabe.

Ein entscheidender Schritt zur Erhaltung des Friedens wäre die Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes. Der Präsident, die Regierung und die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wie die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Tagung der Vereinten Nationen in Paris haben dem ganzen deutschen Volk Vorschläge unterbreitet für die friedliche Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes mit demokratischen Mitteln und auf demokratischer Grundlage und für den beschleunigten Abschluß eines Friedens Vertrages. Der Vorschlag auf Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung auf der Grundlage demokratischer Bedingungen und eines Wahlgesetzes, das der Wahlordnung der Weimarer Republik entspricht, ist für jeden friedliebenden Bürger annehmbar. Jeder, der es ehrlich mit der Erhaltung des Friedens und mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands meint, muß sich dafür einsetzen, daß eine gesamtdeutsche Beratung von Vertretern Westdeutschlands und Ostdeutschlands stattfindet, um eine Verständigung herbeizuführen. Nur die Regierungskreise in Washington, London und Bonn fürchten gesamtdeutsche Wahlen, denn sie fürchten überhaupt die Stimme des deutschen Volkes. Deswegen hat die Bonner Regierung im Einvernehmen mit dem amerikanischen Gouverneur McCloy bei den UN beantragt, die Möglichkeit für Wahlen in ganz Deutschland zu „überprüfen“. In einer Kommission der UN soll auf diese Weise die Forderung gesamtdeutscher Wahlen begraben werden. Das war zugleich ein Schlag gegen die Würde und das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Klar und eindeutig hat die Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Paris vor der Weltöffentlichkeit das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verteidigt.